

INTERPELLATION von Mattea Meyer (SP, Winterthur) und Rosmarie Joss (SP, Dietikon)
betreffend Ausmass der Steuerhinterziehung

Die Bundesverfassung legt fest, dass die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erfolgen soll: Wer mehr verdient, zahlt mehr. Dieses Prinzip der Solidarität wird jedoch insbesondere von denjenigen juristischen und natürlichen Personen umgestossen, die ihre Steuern hinterziehen. Im Gegensatz zu vielen Ländern betrachtet die Schweiz die Steuerhinterziehung nicht als Straftat, sondern als Gesetzesübertretung, die mit Busse, Straf- und Nachsteuern geahndet wird.

Verschiedene Personen und Institutionen haben versucht, das Ausmass der Steuerhinterziehung in der Schweiz zu schätzen. Je nach Studie wurde das Ausmass der Steuerhinterziehung bisher schweizweit auf zwischen 5 und 20 Mia. Franken pro Jahr geschätzt. (So schätzen beispielsweise Paul Aschwanden, der ehemalige Chef des Steueramtes der Stadt Zürich, sowie Hans Kissling, der ehemalige Chef des Statistischen Amtes des Kantons Zürich, die Ausfälle auf 5 bis 10 Mia. Franken.)

Wie die genannten Zahlen sowie die Resultate der Mini-Steueramnestie zeigen, ist davon auszugehen, dass dem Kanton Zürich eine beträchtliche Summe an Steuern vorenthalten wird. Darunter leiden die ehrlichen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die die fiskalischen Mindereinnahmen durch höhere Steuern oder Leistungsabbau tragen müssen. Der Staat kann jedoch seine vielfältigen Leistungen nur erbringen, wenn ihm die dafür notwendigen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Der Regierungsrat wird deshalb gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Was hat der Regierungsrat bisher unternommen, um Steuerhinterziehung wirksam zu bekämpfen?
2. Wie viele Steuerhinterziehungs-Fälle wurden im Kanton Zürich in den letzten zehn Jahren geahndet?
3. Wie hoch ist das gesamte Ausmass dieser Fälle der letzten zehn Jahre?
4. Auf wie viele Mio. schätzt der Regierungsrat die Steuerbeträge, die unserem Kanton und unseren Gemeinden jährlich aufgrund von Steuerhinterziehung verlorengehen?
5. Was genau unternimmt der Regierungsrat, damit Kanton, Bezirke und Gemeinden in Zukunft keine (weiteren) Millionenbeträge verlieren?
6. Wird sich der Regierungsrat auch auf Bundesebene dafür stark machen, dass die Unterscheidung zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung aufgehoben wird?

Mattea Meyer
Rosmarie Joss

T. Agosti Monn	A. Barrile	I. Bartal	B. Bussmann	D. Frei
B. Gschwind	A. Daurù	U. Egli	J. Erni	S. Feldmann
H. Göldi	F. Hoesch	A. Katumba	E. Lalli	D. Loss
Th. Marthaler	S. Matter	R. Munz	J. Peter	S. Seiz
M. Späth	P. Seiler Graf	S. Sieber Hirschi	M. Spillmann	M. Stampfli
Rolf Steiner	Rafael Steiner	P. Stutz	M. Wicki	C. Widmer
E. Ziltener				